



138/2015

Kiel, 25. September 2015

Altenparlament wirbt für ein stärkeres Miteinander der Gesellschaft

Kiel (SHL) – Mit einer breiten Palette an Forderungen, Anregungen und Wünschen ist das diesjährige Altenparlament an die Landespolitik herangetreten. Der Kernappell allerdings ging an die gesamte Gesellschaft: Mit Nachdruck warben die Senioren für ein stärkeres, generationenübergreifendes Miteinander.

Das Altenparlament war am heutigen Freitag bereits zum 27. Mal im Schleswig-Holsteinischen Landtag zusammengekommen. Die 84 Delegierten aus seniorenaktiven Verbänden und Organisationen verabschiedeten rund 50 Anträge. Als ein wesentliches Element zur Förderung des Miteinanders forderten die Delegierten mehr Umsicht beim Wohnungsbau – bezahlbar, barrierefrei, mit Anschluss zur täglichen Versorgung und nicht zuletzt mit breitem Raum für Kontaktmöglichkeiten, um einer Isolation im Alter entgegenzuwirken.

Dies hatte bereits der Sozialpsychiater Prof. Klaus Dörner in einem einleitenden Vortrag angesprochen. Seinem Ruf nach „Gemeinwohl“-Projekten entspricht so auch die Forderung des Altenparlaments nach „Mehrfunktionshäusern“. Landtag und Landesregierung wurden zudem aufgefordert, einen „Preis für vorbildliche, soziale und finanzierbare Wohnraumversorgung“ auszuschreiben.

Weitere Themenbereiche waren der ÖPNV, Gesundheit und Ehrenamt. So erging unter anderem erneut die Forderung an die Politik, die freiwillige Abgabe des Führerscheins mit einem kostenfreien, „auf Zeit begrenzten Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr“ zu honorieren.

Ferner verlangten die Senioren, die wohnortnahe medizinische Versorgung zu erhalten beziehungsweise zu verbessern. In diesem Zusammenhang wurden ausdrücklich die Hospize einbezogen. Und: Das Plenum sprach sich für die Einrichtung einer „Landesstiftung für Ehrenamt und bürgerliches Engagement“ aus.

Hinweis:

Eine längere Zusammenfassung sowie weitere Informationen und Fotos zur Tagung des 27. Altenparlaments sind im Web-Angebot des Landtages über die Startseite zu erreichen: www.sh-landtag.de

Beschlüsse

„Wohnen und Infrastruktur“

Schienenahverkehr und ÖPNV: Landesweite Untersuchung zum Nutzungs-/ Nichtnutzungsverhalten der Menschen in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, außerplanmäßig baldmöglichst die notwendigen Finanzmittel für eine landesweite umfassende Untersuchung zum Nutzungs- bzw. Nichtnutzungsverhalten der Menschen in Bezug auf den Schienenahverkehr und den jeweils örtlichen ÖPNV, inklusive der Wirtschaftlichkeitsprüfung, für neue Angebote bereitzustellen. Die Landtagsfraktionen bitten wir, dieses Anliegen tatkräftig zu unterstützen.

Stärkung des ÖPNV in der Fläche

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine Stärkung des ÖPNV in der Fläche einzusetzen.

Rahmenbedingungen für den ÖPNV

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der ÖPNV möglichst schnell barrierefrei ausgestaltet wird.

Ausstattung der neuen AKN-Triebwagen mit Toiletten

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die neuen AKN-Triebwagen mit Toiletten versehen werden.

Toiletten an Haltepunkten der AKN

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ab dem Zeitpunkt der In-Dienststellung der neuen Waggonen auf der Strecke Neumünster – Hamburg an allen Haltepunkten Toiletten für die Fahrgäste vorgehalten werden, bis die AKN über zeitgemäße Waggonen mit behindertengerechten Fahrgasttoiletten verfügt.

Verwaltungsvorschrift zur Einrichtung von Fahrradstraßen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, eine Verwaltungsvorschrift (VwV) zur Einrichtung von Fahrradstraßen vorzulegen.

Ziel der VwV soll es sein, auf einheitlicher Grundlage die Einrichtung von Fahrradstraßen in Schleswig-Holstein zu erleichtern.

Insbesondere ist zu klären, wann der Fahrradverkehr als "vorherrschende Verkehrsart" zu sehen ist. Der Radverkehr soll im Sinne der VwV auch dann als vorherrschend gelten, wenn Radfahrende zu ihrer Hauptnutzungszeit in der Straße in größerer Zahl als der Kfz-Verkehr auftreten.

Führerschein im Tausch gegen ÖPNV-Ticket

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, Regelungen zu schaffen, dass Bürger gegen die freiwillige Ab-

gabe ihres Führerscheines/Fahrerlaubnis ein auf Zeit begrenztes Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr erhalten.

Recht auf Wohnung

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Recht auf eine Wohnung im Grundgesetz aufgenommen wird.

Modelle vorbildlicher, sozialer und finanzierbarer Wohnraumversorgung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, einen Preis für "Modelle vorbildlicher, sozialer und finanzierbarer Wohnraumversorgung" auszuschreiben.

Um den Preis bewerben können sich Kommunalverwaltungen mit entsprechenden Bebauungsplänen, Investoren(-gemeinschaften), Bauherrengemeinschaften, Wohnungs(bau)genossenschaften usw.

Die Kriterien für die Vorbildfunktion sollen in einer fachkundigen Arbeitsgruppe entwickelt werden. Die Jury soll gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden besetzt werden.

Mehr sozialer Wohnungsbau

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, für mehr sozialen Wohnungsbau zu sorgen.

Beim Neubau von Sozialwohnungen den demographischen Wandel berücksichtigen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Richtlinie für die öffentliche Förderung von Sozialwohnungen dahingehend zu ändern, dass bei jedem Neubau von Wohnhäusern (mehrstöckig) ein Aufzug vorzusehen ist, der auch rollstuhlgerecht erreicht werden kann. Ebenso sind jedwede Stolperstellen (z. B. Absätze beim Wohnhauseingang, Balkon) zu vermeiden, damit Rollstuhlfahrer und Behinderte auch ohne weitere Hilfe ins Haus kommen. Ebenso ist erforderlich, dass Bad und Toilette breite Raumtüren haben, damit behinderte Personen mit Rollstuhl oder Rollator hindurchkommen.

Förderungsmöglichkeiten für barrierefreien Wohnraum

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die bestehenden Förderungsmöglichkeiten für den Bau und Ausbau barrierefreien Wohnraums deutlich ausgeweitet werden.

Belebung von Wohnquartieren durch Quartiersmittelpunkte

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, Kriterien zu entwickeln, nach denen in "verwaisten" Wohnquartieren (Stadt- und Ortsteilen, Neubaugebieten u. ä.) auf kurzen Wegen erreichbare Unterzentren für die Versorgung mit dem täglichen Bedarf und kleineren Dienstleistungen sowie "Mehrfunktionshäuser" als Treffpunkte für die dort wohnenden Menschen gefördert werden können.

Privatwirtschaft auch in der Fläche des Landes vorhalten

In vielen Gemeinden des Landes gibt es so gut wie kein privatwirtschaftlich organisiertes Leben mehr. Zum Einkaufen für die Dinge des täglichen Lebens müssen die Bewohner der betroffenen Gemeinden in die nächstgrößeren Städte fahren. Deshalb werden die schleswig-holsteinische Landesregierung und alle gesellschaftlichen Gruppen aufgefordert, sich in der Privatwirtschaft dafür einzusetzen, dass diese auch in der Fläche des Landes weiterhin vorzufinden ist.

Bessere ärztliche Versorgung

Die schleswig-holsteinische Landesregierung und der Landtag werden aufgefordert, sich für eine bessere ärztliche Versorgung im Land (insbesondere bei Fachärzten) einzusetzen.

D. h. alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um durch gesetzliche Regelungen und Anreize eine Kurskorrektur in der Ärzteversorgung zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen zu erreichen.

Umzugserleichterungen für Seniorinnen und Senioren

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, die Förderung von seniorengerechten und barrierefreien Wohnungen weiter auszubauen. So sollen die Voraussetzungen auch dafür verbessert werden, dass für Familien geeignete größere Wohnungen und Eigenheime freigegeben werden, die derzeit durch ältere Menschen bewohnt werden.

Menschen, die für den Umzug in geeignete Wohnungen finanzielle Hilfen benötigen, sollen Wege zu entsprechenden Zuschüssen geebnet werden.

Mittel für Schuldnerberatungen, die Sprechzeiten außerhalb ihrer Büros durchführen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, bei der Mittelvergabe für Schuldnerberatungen dafür Sorge zu tragen, dass Beratungszeiten auch im ländlichen Bereich und weit draußen liegenden Stadtteilen sichergestellt sind. Diese Beratungen sollten außerhalb der Bürozeiten auch an anderen Standorten stattfinden können.

Öffentliche Sicherheit

Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das bei vielen Bürgerinnen und Bürgern verlorene Sicherheitsgefühl wieder herzustellen und dem Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen Rechnung zu tragen.

„Pflege und Gesundheit“

Unabhängige Patientenberatung

Die Landesregierung möge sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Unabhängige Patientenberatung Deutschland auch weiterhin unabhängig arbeiten kann.

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht auf Versichertenkarte

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und die Entscheidung zur Organspende schnellstmöglich auf allen Versichertenkarten der Gesetzlichen Krankenversicherung gespeichert werden können unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen. Vergleichbares ist für die Privatversicherungen zu prüfen.

Hilfsfrist und Notfallrettung im ländlichen Raum

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass landesweit

1. im Rettungsdienst die Hilfsfristen eingehalten werden und
2. zur Weiterführung der Rettungskette auch auf dem Land flächendeckend Krankenhäuser vorgehalten werden, die zeitnah die nach wissenschaftlichen Standards notwendigen lebensrettenden Versorgung durchzuführen.

Finanzierung der Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, darauf einzuwirken, dass künftig die Finanzierung der trägerunabhängigen Pflegestützpunkte in Kreisen und kreisfreien Städten nicht mehr pauschal erfolgt, sondern dem unterschiedlichen Bedarf angepasst wird.

Hospize

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, sich zum Sprecher einer konzertierten Aktion von Bund/Land/Kommunen zu machen, um den Aufbau von Hospizen zu fördern und die Bettenanzahl zu erhöhen.

Ermöglichung stationärer Hospize

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass bundes- und landesweit ein Konzept erarbeitet und beschlossen wird, dass ein wirtschaftlicher Betrieb eines stationären Hospizes im ländlichen Bereich ermöglicht und somit wohnortnah geschaffen wird.

Investitionen in Krankenhäuser im dualen System

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Bürger des Landes nicht zweimal für Investitionen in Krankenhäuser zahlen müssen.

Sicherheit von Patienten in Krankenhäusern durch Personalbemessungsschlüssel

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Bundestag und Bundesrat Maßnahmen für einen Personalbemessungsschlüssel für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen verbindlich festgelegt werden.

Sicherheit von Patienten in Krankenhäusern durch Verbesserung der hygienischen Maßnahmen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit

- ausgebildete Hygieniker oder klinische Mikrobiologen an allen Krankenhäusern vorhanden sind,
- verbindlich ausreichendes Pflege- und Reinigungspersonal vorhanden ist und
- eine an das Auftreten von komplizierten Infektionen angemessene Bettenzahl unter Einbeziehung von Reserven gewährleistet wird.

Sicherheit von Patienten in Krankenhäusern durch Maßnahmen, die eine Verantwortungskultur ermöglichen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit von Patienten in Krankenhäusern in Schleswig-Holstein zu verbessern.

Dazu können Gesetzesänderungen, Verordnungen, Beteiligung an Bundesgesetzesänderungen, und eine an den Bedürfnissen der Patienten orientierte Gestaltung des Eckpunktepapiers (Bund/Länder vom Dez. 2014) dienen.

Eine Verantwortungskultur ist zu fordern und zu fördern:

- Behördliche Überprüfung in allen Krankenhäusern anhand von Check-Listen sowie Überlastungsanzeigen des Personals,
- ein System der Fehlerkultur ist einzurichten,
- einrichtungsbezogene Veröffentlichung von Sterblichkeitsraten (wie z. B. in Schweden),
- Liste aller Patienten, die auf dem Flur behandelt werden,
- Hinweisgeber, die ihrem Gewissen folgen, müssen vor Repressionen ihrer Arbeitgeber geschützt werden.

Sicherheit von Patienten in Krankenhäusern durch ein an den Patienten angepasstes Abrechnungssystem

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen und auch im Bundesrat dafür einzutreten, dass das jetzige G-DRG-Abrechnungssystem (German Diagnosis Related Groups – diagnosebezogene Fallgruppen) umgehend durch ein anderes, geeigneteres ersetzt wird.

Nebenkostenabrechnung und Investitionszulage bei Alten- und Pflegeeinrichtungen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die schleswig-holsteinische Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auch die Bewohner einer Pflegeeinrichtung eine aufgeschlüsselte und nachvollziehbare Nebenkostenabrechnung erhalten. Insbesondere auch die Investitionszulage sollte dabei aufgeschlüsselt werden.

Kosten für alternative Heilmethoden

Die Landesregierung möge sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass erfolgreiche alternative Heilmethoden Anerkennung und Unterstützung durch die Krankenkassen erhalten und die Kosten dafür übernommen werden – auch bei niedergelassenen Medizinern.

Ausbildung Altenpflege kostenfrei

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, die Ausbildung in der Altenpflege, Ergo- und Physiotherapie ausnahmslos kostenfrei zu gestalten.

Mehr Geld für den Einsatz von Kranken- und Altenpflegekräften

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Schleswig-Holstein mehr Geld für den Einsatz von Kranken- und Altenpflegekräften erhält.

Leistung für Kindererziehung nicht auf Grundsicherung anrechnen

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Leistungen für Kindererziehung sowohl bei Leistungen aus der Grundsicherung als auch bei der Anrechnung eigener Einkünfte bei Witwen/Witwer-Renten nicht angerechnet werden.

Ungekürzte Leistungen für die Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass allen Müttern/Vätern drei ungekürzte Entgeltpunkte je Kind bei der Rentenberechnung gewährt werden.

Abschaffung der „kalten Progression“

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die in der Einkommensteuer existierende sog. „kalte Progression“ unverzüglich durch gesetzliche Maßnahmen oder auf dem Verordnungswege abgeschafft wird.

Armutsursachen vor Ort erkennen und optimale Lösungen entwickeln

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, in Kommunen und Kreisen Fachstellen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Armut einzurichten.

Lebensstandardsicherung im Alter wiederherstellen und Altersarmut bekämpfen

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, die Lebensstandardsicherung im Alter wieder herzustellen und Altersarmut zu bekämpfen.

„Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe, Selbstverantwortung“

Keine Einschränkung ehrenamtlicher Tätigkeiten durch Altersgrenzen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, zur Unterstützung des Ehrenamtes grundsätzlich alle Altersgrenzen, die Ehrenämter betreffen, aufzuheben.

Projekt ZWAR - „Zwischen Arbeit und Ruhestand“

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, eine Anlaufstelle analog zum nordrhein-westfälischen Projekt ZWAR ins Leben zu rufen.

Ehrenamtsbüro

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung wird aufgefordert, die Kommunen finanziell und organisatorisch bei der Einrichtung und Unterhaltung eines Ehrenamtsbüros zu unterstützen.

Stiftung für Ehrenamt und bürgerliches Engagement in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, eine Stiftung für Ehrenamt und bürgerliches Engagement in Schleswig-Holstein zu gründen. Sie hat das Ziel, Interessierte und ehrenamtlich Tätige zu schulen, weiterzubilden und zu beraten.

Ehrenamtlich Tätige

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, ehrenamtlich Tätigen einen Auslagenersatz für ihre Tätigkeit zu ermöglichen.

Änderung des Wahlgesetzes

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein und die im Landtag vertretenen Fraktionen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass durch die Änderung des Wahlgesetzes eine Regelung getroffen wird, in stationären Einrichtungen und Seniorenwohnanlagen ein mobiles Wahlbüro für die Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung zu stellen.

Wahlrecht für kommunale Seniorenbeiräte verbessern

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert zu regeln, dass bei örtlichen Seniorenbeiratswahlen alle Einwohnerinnen und Einwohner über 60, unabhängig von deren Staatsbürgerschaft, aktiv und passiv wahlberechtigt sind.

Wahlen der Beiräte nach § 47d der Gemeindeordnung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden wiederum aufgefordert, § 47d Abs. (1) um nachfolgenden Satz zu ergänzen: „Die Mitglieder sollen durch die von ihr vertretene gesellschaftlich bedeutsame Gruppe direkt per Briefwahl gewählt werden.“

Überwindung der Ausgrenzung der Bewohnerinnen und Bewohner in nichtstationären Alten- und Pflegeeinrichtungen von Selbstbestimmung und Mitwirkung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz und die dazu gehörige Durchführungsverordnung zu ergänzen, damit die Bewohnerinnen und Bewohner in betreuten Wohneinrichtungen die gleichen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte erhalten, wie sie für die Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Einrichtungen vorgesehen sind.

Änderung der Durchführungsverordnung (DVO)

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die DVO § 22 Abs. 2 so geändert wird, dass die Begrenzung bei den externen Bewohnerbeiratsmitgliedern aufgehoben wird und flexibel dem Bedarf angepasst werden kann.

Seniorenvertreter als kontinuierliches Mitglied im Rundfunkrat

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass in den Rundfunkrat Schleswig-Holstein eine Seniorenvertretung als kontinuierliches Mitglied aufgenommen wird, damit im Rundfunk und Fernsehen auch die Interessen der älteren Generation vertreten werden.

GEMA-Gebührenordnung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, auf Bundesebene darauf Einfluss zu nehmen, dass bei den GEMA-Gebühren für sozial-politisch geförderte/gewünschte nicht kommerzielle Veranstaltungen kein Beitrag zu zahlen ist.